

Abkommen mit Underbergen

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 8. März 2018, 14:11

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Föderationsregierung bittet um Aussprache über den Entwurf eines Vertrags mit der Freien Stadt Underbergen. Herr Präsident von Ribbenwald, als Antragsteller haben Sie das Wort.

ENTWURF

Abkommen zwischen der Freien Stadt Underbergen und der Turanischen Föderation

Die Freie Stadt Underbergen (im Folgenden: Underbergen) und die Turanische Föderation (im Folgenden: Föderation) vereinbaren wie folgt:

Artikel 1

(1) Die Föderation übernimmt die völkerrechtliche Vertretung Underbergens und garantiert die Unversehrtheit des Gebiets Underbergen. Die Wahrnehmung dieser Rechte und Pflichten erfolgt nach den rechtlichen Bestimmungen der Föderation.

(2) Darüber hinaus erhält Föderationsrecht auf dem Gebiet Underbergens nur insoweit Geltung, wie dieses durch dieses Abkommen ausdrücklich bestimmt.

Artikel 2

(1) Alle Personen, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens die Staatsangehörigkeit von Underbergen besitzen (Underbergische Volkszugehörigkeit), werden Staatsangehörigen der Föderation gleichgestellt, ohne hierfür eines besonderen Antrags bedarf.

(2) Nach Inkrafttreten dieses Abkommens geborene Underbergische Volkszugehörige erhalten die Staatsangehörigkeit der Föderation gemäß den rechtlichen Bestimmungen der Föderation.

Artikel 3

- (1) Zur inneren Verwaltung Underbergens wird spätestens 60 Tage nach Inkrafttreten dieses Abkommens ein privatrechtliches Unternehmen nach Föderationsrecht eingerichtet. Es ist als Gesellschaft auf Aktien zu organisieren.
- (2) Mit Anmeldung beim Wirtschaftszentrum der Föderation übernimmt die Gesellschaft die Regierungsgewalt Underbergens. Die Regierungsgewalt des Bürgermeisters und Präsidenten erlischt.
- (3) Die Föderation verpflichtet sich, mindestens zehn Prozent der Geschäftsanteile der Gesellschaft zu halten.
- (4) Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist vom Vertrauen der Angestellten abhängig. Ein Rücktritt der Betriebsversammlung/der Betriebsrat der Geschäftsführung mit absoluter Stimmenmehrheit das Vertrauen zurücktreten.

Artikel 4

- (1) Die Gesellschaft hat das alleinige Recht zur wirtschaftlichen Wertschöpfung auf dem Gebiet Underbergens. Handel mit dort gewonnenen Rohstoffen und Erzeugnissen.
- (2) Sie kann diese Rechte teilweise befristet oder unbefristet an weitere Unternehmen abtreten. Diese unterliegen der Gerichtsbarkeit der Föderation.
- (3) Die Produktion von Gegenständen, welche zu militärischen Zwecken eingesetzt werden können, ist auf dem Gebiet Underbergens in jedem Fall untersagt. Über die Einhaltung dieser Vorschrift wacht die Föderation.
- (4) Die Gesellschaft verpflichtet sich zur Reinhaltung der Underbergischen Natur. Produktionsfläche kann nur anbereits infrastrukturell erschlossen ist oder ohne wesentliche Schäden für die Natur erschlossen werden kann.
- (5) Bestandteil dieses Vertrags ist eine Liste von Immobilien und Kulturgüter. Die Gesellschaft verpflichtet sich, darin genannten Objekte zu erhalten. Veränderungen an diesen dürfen nicht wesentlich sein.

Artikel 5

Die Underbergen-Gesellschaft behält kalendermonatlich für jeden Angestellten, der Underbergischer Volkszugehöriger ist, zehn Prozent des Monatsgehalts ein und führt die Summe an die Föderationskasse ab. Sie führt ferner eine Summe aus dem Unternehmensvermögen ab.

Artikel 6

Alle Underbergischen Volkszugehörigen gemäß Artikel 2 Absatz 1 mit hauptsächlichem Wohnsitz auf dem Gebiet Underbergens, die das 18. Lebensjahr vollendet und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, sind Mitglieder der Gesellschaft. Über die Einhaltung ihrer Rechte als Arbeitnehmer und ihre betriebliche Mitbestimmung wacht die Föderation.

Artikel 7

- (1) Dieses Abkommen kann mit einer Frist von drei Monaten zum Ende des Kalenderjahres mit Wirkung zum folgenden Kalenderjahres gekündigt werden.

(2) Eine Kündigung wird ausgesprochen durch entsprechenden Beschluss einer Volksversammlung Unterbergischen Volkszugehörigen ab 18 Jahren angehören, auf Antrag der Betriebsversammlung/des Betriebsrates der Unterbergen-Gesellschaft.

(3) Die Gesellschaft und die Föderation nehmen ihre aus diesem Abkommen erwachsenden Rechte und Pflichten in jedem Fall wahr, bis das Unterbergische Volk sich eine neue Verfassungsordnung gibt.

Artikel 8

Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die notwendigen Schritte zu seiner Gültigkeitswerdung abgeschlossen sind.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 8. März 2018, 19:06

Herr Präsident, Abgeordnete! Ich möchte nicht lange drum herum reden. Unterbergen ist in großer Not, es braucht dringend unsere Hilfe. Auf Wunsch der Unterbergener wurde dieses Abkommen ausgehandelt, das nun nicht an der Föderation scheitern darf.

Beitrag von „Thor Odinson“ vom 8. März 2018, 21:50



image not found or type unknown

Fix und zugenäht ... wo ist denn eigentlich unser Entwurf geblieben? Den hat wohl jemand verschnarcht.

Herr Ribbenwald, Artikel 6 macht das Unternehmen Unterbergen effektiv zu einer Leiharbeitsfirma.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 9. März 2018, 00:58

Das ist ein sehr verworrenes Staatsmodell, das hier aufgebaut werden soll. Ich glaube, dazu gäbe es mehr als einen Satz zu erläutern. Ich bin mir unsicher, welche rechtlichen Folgen das genau hat, wenn Föderationsrecht in Unterbergen grundsätzlich nicht gilt, aber Unterbergen

von einem Unternehmen regiert wird, das in der Föderation registriert sein muss und damit dem Föderationsrecht (und vermutlich auch dem Landesrecht des Landes, in dem es angemeldet ist?) unterliegt. Aber prinzipiell ist das eine Sache, die Underbergen mehr Sorgen machen sollte als uns. Daher nun zu den für uns kritischen Stellen.

Sehe ich es richtig, dass dieser Vertrag vorsieht, dass er nur von der Underbergen-Gesellschaft, aber nicht von der Föderation gekündigt werden kann? Das halte ich für vollkommen inakzeptabel.

Wir verleihen Underberger Bürgern die vollen Rechte unserer Staatsangehörigkeit, ohne dass unsere Bürger umgekehrt in Underbergen irgendwelche Rechte garantiert hätten? Und schaffen wir uns durch die Abgabe von gerade 10% eine Steueroase vor der eigenen Haustür, während wir selbst im Moment über Föderationssteuersätze von 70% plus Ländersteuern reden?

Ich bin mir auf den ersten Blick nicht sicher, dass das für die Föderation ein guter Handel ist, erst recht wenn der Vertrag von unserer Seite nicht sauber kündbar ist. Kann die Föderationsregierung meine Bedenken ausräumen?

Beitrag von „Alicia del Gardo - Ruiz“ vom 9. März 2018, 04:25

Den meisten Mitgliedern unserer Liste macht das ganze *Werk* auch starke Bauchschmerzen und wir können das schwerlich absegnen.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 9. März 2018, 08:29

Eine Kündigung ist selbstverständlich auch seitens der Föderation möglich. Da kann ich Sie beruhigen, meine Damen und Herren.

[SimOff](#)

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 10. März 2018, 11:47

[SimOff](#)

Und zu den übrigen Punkten, Herr Präsident?

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 13. März 2018, 18:49

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen,

ich danke für die Einbringung des Vertrages. Ich gehe davon aus, dass die Interessen Underbergens und unserer Seite ausreichend Berücksichtigung fanden.

Eine fachliche Frage zu Artikel 3 Absatz 1 - ein privatrechtliches Unternehmen soll die innere Verwaltung dieser Gebietskörperschaft übernehmen? Vielleicht liegt es an meiner "turanischen Brille", ist das mit dem dortigen öffentlichen Recht vereinbar? Eine sehr ungewöhnliches Konstrukt...

Gerne kann mich jemand erhellen, wer an der Aushandlung beteiligt war. 😊
Vielen Dank.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 15. März 2018, 15:11



Liest verstohlen den Kündigungsparagrafen und ist entsetzt, dass da wirklich nichts von einem Kündigungsrecht der Föderation steht.



😬 Da haben wohl die Bürokraten im Wirtschaftsministerium gepennt! 😡

Meine

Herren, der Vertrag sieht vor, dass ein privatrechtliches Unternehmen nach Föderationsrecht die Verwaltung Unterbergens übernimmt. Das ist in der Tat - da gebe ich Ihnen Recht - ein ungewöhnliches Konstrukt. Mir selbst war da lange Zeit nicht wohl. Aber es war der Wunsch unserer unterbergischen Vertragspartner. Wir haben daraus das aus turanischer Sicht Beste gemacht, also auf außerordentlich weitgehenden Mitbestimmungsrechten für das Volk von Unterbergen bestanden. Glauben Sie mir: Wir wollen keinen Privatstaat in der Hand eines Unternehmens! Deshalb wird die Föderationsregierung peinlich genau darauf achten, dass die Mitbestimmungsrechte der Menschen vor Ort und auch der Föderation als Anteilseigner nicht verletzt werden.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 15. März 2018, 21:27

Vielen Dank für die erhellenden Worte.

Sehe ich das richtig, dass jene Gesellschaft auf dem Gebiet unseres Vertragspartners hoheitliche Aufgaben wahrnimmt?

Beitrag von „Sigrid Sigurdsdottir“ vom 15. März 2018, 21:31



lauscht der Debatte weiter stumm wie in Trance.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 26. März 2018, 16:31

[Zitat von Finn Henriksson](#)

Das ist ein sehr verworrenes Staatsmodell, das hier aufgebaut werden soll. Ich glaube, dazu gäbe es mehr als einen Satz zu erläutern. Ich bin mir unsicher, welche rechtlichen Folgen das genau hat, wenn Föderationsrecht in Unterbergen grundsätzlich nicht gilt, aber Unterbergen von einem Unternehmen regiert wird, das in der Föderation registriert sein muss und damit dem Föderationsrecht (und vermutlich auch dem Landesrecht des Landes, in dem es angemeldet ist?) unterliegt. Aber prinzipiell ist das eine Sache, die Unterbergen mehr Sorgen machen sollte als uns. Daher nun zu den für

uns kritischen Stellen.

Sehe ich es richtig, dass dieser Vertrag vorsieht, dass er nur von der Underbergen-Gesellschaft, aber nicht von der Föderation gekündigt werden kann? Das halte ich für vollkommen inakzeptabel.

Wir verleihen Underberger Bürgern die vollen Rechte unserer Staatsangehörigkeit, ohne dass unsere Bürger umgekehrt in Underbergen irgendwelche Rechte garantiert hätten? Und schaffen wir uns durch die Abgabe von gerade 10% eine Steueroase vor der eigenen Haustür, während wir selbst im Moment über Föderationssteuersätze von 70% plus Ländersteuern reden?

Ich bin mir auf den ersten Blick nicht sicher, dass das für die Föderation ein guter Handel ist, erst recht wenn der Vertrag von unserer Seite nicht sauber kündbar ist. Kann die Föderationsregierung meine Bedenken ausräumen?

Alles anzeigen

[Zitat von Finn Henriksson](#)

Und zu den übrigen Punkten, Herr Präsident?

Herr Präsident?

[SimOff](#)

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 26. März 2018, 17:10

Sie sprechen von einer "Steueroase" vor unserer Haustür. So muss es auf Sie wirken. Bedenken Sie aber bitte, dass es hier um tiefgreifende Wiederaufbauhilfe für ein völlig geschundenes Land geht. Underbergen ist praktisch am Boden. Wenn wir nun auch noch unmittelbare Steuern

erheben würden, wäre das der Todesstoß für Underbergen. Die zehn Prozent, die das Unternehmen an die Föderation abführt, sollen ja lediglich ein rudimentäres Sozialsystem finanzieren. Sie sind gerade nicht als Steuer zu verstehen. Und bedenken Sie auch: Auf Gewinne, die die Underbergen-Gesellschaft erzielt, zahlt sie selbstverständlich Steuern - jedenfalls dann, wenn unser Steuergesetz vom Hohen Hause nicht abgelehnt wird.

Vielleicht wäre es das beste, wenn wir einen Vertreter Underbergens hier in der Nationalversammlung hören? Er könnte detailliert die Beweggründe seines Landes darlegen.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 26. März 2018, 17:28

Für den Moment kann ich Ihnen da sicher folgen, aber der Vertrag ist zeitlich nicht limitiert und die Rechtsgrundlage der künftigen Verwaltung in Underbergen. Ich denke, wir müssen schon auch die langfristigen Aussichten im Blick haben, wenn wir nicht eine spätere Kündigung schon einplanen.

Welchen Status turanische Bürger in Underbergen haben, hängt vermutlich auch zusammen, welche rechtliche Bedeutung es genau hat, dass Föderationsrecht in Underbergen nicht gilt, aber das Unternehmen als seine Regierung dem Föderationsrecht unterworfen ist. Mein Bedenken hier ist vor allem die fehlende Rechtssicherheit in dieser Konstellation, die auch Underbergen zumindest nicht helfen wird. Oder ist sich die Regierung etwa sicher, was nach Inkrafttreten des Vertrags praktisch gesehen die daraus resultierende rechtliche Situation wäre?

Wenn ein Vertreter Underbergens dazu bereit wäre, die underbergische Sicht darzulegen, könnte das sicher helfen.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 27. März 2018, 09:10

Herr Präsident, dann beantrage ich hiermit, Jonschomar vom Sendrak Rederecht zu erteilen.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 27. März 2018, 09:27

Rederecht erteilt.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 29. März 2018, 14:28



image not found or type unknown

blickt sich um ob er denn jetzt sprechen solle...



image not found or type unknown

meine Fresse, was für ein großes Parlament....

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 29. März 2018, 15:14

Meine Damen und Herren Abgeordnete: Jonschomar vom Sendrak, Bürgermeister der Freien Stadt Underbergen...

Beitrag von „Sigrid Sigurdsdottir“ vom 29. März 2018, 22:42



Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 29. März 2018, 23:35



image not found or type unknown

Droste liest den Vertragsentwurf und erschauert, so viele offengelassene Fragen...

image not found or type unknown

Mal schauen, was von dem Underberger Vertreter kommt, was er sich dabei gedacht hat...

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 30. März 2018, 10:29

image not found or type unknown

Erhebt sich vom Platz.



Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 30. März 2018, 12:11

image not found or type unknown

geht langsam zum Rednerpult und wartet bis Stille eingekehrt ist

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 30. März 2018, 13:25

image not found or type unknown

Hofft, dass der Bürgermeister sowohl ein paar mehr Details zu dem angedachten, bisher eher unklaren Staatsmodell als auch die langfristigen Absichten damit erklären wird.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 30. März 2018, 16:06

image not found or type unknown

Nimmt wieder Platz.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 30. März 2018, 16:35

image not found or type unknown

spricht ohne Script in einer sehr lebendigen Sprache mit einer vielfältigen Sprachmelodie.

Ehrenwerte Damen und Herren,
Herr Präsident,

ich wurde gebeten, angesichts des bevorstehenden Vertragsabschlusses zwischen unseren beiden Staaten etwas zu Unterbergen zu sagen.

Mir ist ehrlich gesagt nicht bewusst, wieviel Sie über uns wissen, daher bitte ich um Entschuldigung, falls ich Ihnen Dinge erzähle, die Ihnen längst bekannt sind.

Wie Sie sicher wissen, ist Unterbergen der letzte kümmerliche Rest des einstigen Königreiches, das sich einst in Ihrer Nachbarschaft befunden hat.

Wir waren nicht darauf vorbereitet, die letzten unserer Art zu sein. Niemand hat uns vorher beigebracht wie das ist, die Überlebenden eines ganzen Staates bei sich aufzunehmen. Wir waren ein kleines Örtchen weitab vom Zentrum des Reiches, fernab von der Politik, meist auch von derselben vergessen. Und plötzlich sind wir ohne dass uns jemand gefragt hätte das Zentrum des Landes, in vielerlei Hinsicht rückständig, dazu verdammt, von heute auf Morgen im Hier und Jetzt zu landen. Äußerst erfolglos, aber wir haben nie aufgegeben.

Irgendwie haben wir es geschafft, die Ordnung aufrecht zu erhalten. Irgendwie ist es uns gelungen, die Flüchtlinge bei uns aufzunehmen und sie in unserer Mitte zu integrieren. Irgendwie ist unser Stadtwesen zu einem stabilen Staatswesen geworden.

Dass dabei unsere Kultur völlig den Bach runtergegangen ist, haben wir erst bemerkt als es zu spät war. Traditionell findet in diesen Tagen das Eostre-Fest statt. Das sind Hoch-Zeiten, Ihrem turanischen christlichen Fest in seiner Feierlichkeit nicht unähnlich und doch völlig anders. Angesichts der Katastrophe haben sich sehr viele Menschen davon abgewandt, die Eostrer, vor zwanzig Jahren noch die dominierende Religion, ist zu einer Gruppe zusammengeschmolzen, die in den Statistiken unter „Sonstiges“ zu finden ist.

Das ist nicht zwangsläufig schlecht, es ist auch ein Ausdruck der Freiheit, die bei uns herrscht. Aber es ist eines von vielen Zeichen, welche tiefgreifende Gesellschaftliche Veränderung in den rund zehn Jahren seit dem Untergang des alten Königreiches vor sich gegangen ist.

Aber trotz solcher Dinge, eines haben wir uns immer bewahrt: Den Kampfeswillen, im Untergang etwas Neues zu finden. Nicht aufzugeben. Wo etwas stirbt, nach Leben zu suchen.

Wir sind Somaner, wir sind Underberger, in guten wie in schlechten, in schlechten wie in hoffnungslosen Tagen. So war es immer, und so wird es immer sein, das haben wir durch die Jahrhunderte hinweg immer geglaubt.

Aber dann ist letztes Jahr etwas geschehen, das diesen Glauben vollkommen zerstört hat



macht eine Pause und blickt in die Gesichter der Zuhörer.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 30. März 2018, 17:56



Folgt den Ausführungen des Bürgermeisters aufmerksam. Auch wenn er natürlich das meiste schon auf anderem Weg mitbekommen hat, ist es etwas anderes, jemanden berichten zu hören, der selbst dabei war und von den Folgen betroffen ist.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 30. März 2018, 19:36

Sie haben vielleicht mitbekommen, dass das kleine unbedeutende Underbergen im letzten Jahr große Schritte nach Außen unternommen hat. Das schließt den für uns als großen Spaß trotz großer Mühen empfundenen Ausflug einer eigens gebildeten Fußballnationalmannschaft ein. Hinter den Kulissen haben aber auch viele mitbekommen dass wir dabei extreme Hilfe von Außen hatten.

Und das trifft auch auf alle anderen Bereiche Underbergens zu. Wir waren vom ersten Tag des somansichen Untergangs an immer und zunehmend von Hilfe aus dem Ausland abhängig. Das was wir zu bewältigen hatten, konnten wir auf Dauer nicht aus eigener Kraft stemmen. ABER wir konnten unseren Beitrag dazu leisten, und ganz zum Schluss gab es erste Tendenzen, die klarmachten dass wir nicht nur Almosenempfänger waren sondern auch etwas geben würden können.

Dann kam die Flut

Ich weiß nicht ob Sie so etwas schon einmal erlebt haben. Wenn es tagelang in Strömen regnet und das Wasser vom lebensnotwendigen Freund zum lebensbedrohlichen Feind wird. Wenn alles was man sich in den letzten zehn Jahren mühsam aufgebaut hat, binnen weniger Stunden zerstört wird.

Wenn aber auch das was aus vergangenen Jahrhunderten als Symbol der Beständigkeit im Wandel den Fluten zum Opfer fällt. Und auch die Hilfsgüter, die erst kurz zuvor aus Turanien gekommen waren, untergehen.

Ich frage Sie, angesichts dessen was ich vorhin erzählt habe, wie wäre Ihnen zumute? Wenn Sie tatenlos zuschauen müssen, wie Ihnen das letzte bisschen, das Sie noch hatten, durch nichts geringeres als die Natur, zu der Sie ja noch eine Verbindung haben, die Ihnen noch nicht durch Übertechnisierung entfremdet wurde, genommen wird?



macht wieder eine Pause, um den Zuhörern Zeit zum innerlichen Beantworten der Frage zu geben.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 30. März 2018, 20:12



Schaut mit ernster und besorgter Miene. Ist sichtlich mitgenommen.

Beitrag von „Hans von Brunnstatt“ vom 30. März 2018, 23:32



Hört aufmerksam zu und bedauert die Lage der Menschen in Underbergen. Doch er vermisst in der Rede des Herrn Sendrak die Darstellung der konkreten Planung, wie Underbergen aus seiner Misere herauskommen will. Als Neuer wartet er erst einmal die Reaktionen der alteingesessenen Parlamentarier ab, bevor er sich äussern will.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 30. März 2018, 23:39

image not found or type unknown
Droste lauscht geduldig den Ausführungen...

**Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 31. März 2018,
00:42**

image not found or type unknown
fährt nach seiner Kunstpause mit der Rede fort

Ich sage Ihnen was Underbergen gefühlt hat.

Nichts

Absolut nichts

image not found or type unknown
macht wieder eine kurze Pause

Eine innere Leere, die nicht wieder aufzufüllen war.

Klar, man hat gearbeitet und geschuftet, man hat gesichert und aufgeräumt. Man hat auch die internationale Solidarität dankbar registriert.

Aber tief im Innern, da machte sich eine Resignation breit. Da hat man mit wenig unter Entbehungen und ohne Aussicht auf Erfolg etwas aufgebaut, oder zumindest dafür gesorgt dass nicht alles komplett zusammenbricht, und dann steht man ... tja wo steht man. Bei weniger als bei null. Wir sind in vielen Bereichen hinter den Stand von vor dem Krieg zurückgefallen.

Sie haben es vielleicht mitbekommen. Einige unserer Fußballer, die während der Flut gerade zum Turnier in Livornien weilten, sind dort geblieben. Manch einer in Underbergen, wenn er denn gekonnt hätte, hätte das Land verlassen. Der ein oder andere hat es auch versucht. Über Schwion nach Turanien zu gelangen.

Keiner wusste so recht wie es weitergehen soll. Die Flut hat uns allen klargemacht, dass wir uns auch langfristig niemals werden selbst tragen können. Wir werden immer nur den Mangel verwalten können. So kann man aber kein Volk ernähren. So kann man nur mit etwas Glück und nur falls wir es irgendwann hinbekommen würden die Flutschäden zu beseitigen, was keineswegs sicher ist, dafür sorgen dass der Mangel nicht ganz so groß ist.

Mit anderen Worten. Underbergen ist nicht überlebensfähig. Nicht heute, nicht morgen, niemals. Und Almosenempfänger wollen wir nicht sein.

Es gibt also zwei Möglichkeiten.

Erstens: Wir wurschteln noch eine Weile hin, bis uns das Volk ausgeht, das aus dem Land geflüchtet sein wird.

Zweitens: Wir geben unsere Staatlichkeit auf. Wir geben das Land Fremden, die es unter bestimmten Bedingungen bewirtschaften und natürlich dementsprechend Profit erwirtschaften darf. Die Underberger Bevölkerung als zugegeben privilegierte Angestellte.

Wir können und wollen arbeiten. Aber wir können alleine nicht überleben. Underberger Staatlichkeit ist zum Untergang verdammt, wenn sie nicht permanent von außen unterstützt wird. Aber wir wollen nichts geschenkt. Also ist es nur logisch, uns freundschaftlich an den Nachbarn zu binden, von dem wir so oder so abhängig sein werden, wenn wir als Menschen überleben wollen.

Die Underberger haben diesem Vertrag in einer Volksbefragung mit deutlicher Mehrheit zugestimmt. Sicher gibt es noch weitere Details zu regeln, das ein oder andere mag auch erst auffallen während die Umsetzung bereits angelaufen ist.

Ich bitte Sie, werte Parlamentarier, dem Vertrag ebenfalls zuzustimmen. Wir in Underbergen sehen keinen anderen als den eingeschlagenen Weg. Und der ist wohl überlegt und kein Schnellschuss. Vieles galt es zu bedenken und einige Gedanken hat auch der Herr Föderationspräsident gut und sinnvoll eingebracht.

Ich bitte Sie: Geben Sie den Menschen in Underbergen wieder eine Zukunft

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 31. März 2018, 01:15



So weit so gut, aber da gibt es noch einiges zu besprechen nachher.

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 31. März 2018, 10:28

Zitat von Jonschomar vom Sendrak

[...]

Zweitens: Wir geben unsere Staatlichkeit auf. Wir geben das Land Fremden, die es unter bestimmten Bedingungen bewirtschaften und natürlich dementsprechend Profit erwirtschaften darf. Die Underberger Bevölkerung als zugegeben privilegierte Angestellte.

[...]

image not found or type unknown

Zuckt bei dieser Passage unwillkürlich zusammen.

image not found or type unknown

Großer Gott...! 🤔🤔



nach Abschluss der Rede:

Beitrag von „Hans von Brunnstatt“ vom 31. März 2018, 12:49

image not found or type unknown

Grauenhaft. Ein Volk will sich freiwillig in die Schuldknechtschaft einer Privatfirma begeben und wirft seine Souveränität und die Demokratie auf den Müll. Brunnstatt glaubt bei den Parlamentariern das Unverständnis darüber, was hier gerade geschieht, mit Händen greifen zu können.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 31. März 2018, 14:04

image not found or type unknown

Da er keine Ahnung hat ob er Rede und Antwort stehen soll oder ob es bei dieser Einmalrede bleiben soll, sieht Jonschomar den NV-Präsidenten an

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 31. März 2018, 16:19

Vielen Dank, Herr Bürgermeister.

Gibt es seitens des Plenums Fragen an Jonschomar vom Sendrak?

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 31. März 2018, 17:51

Herr Bürgermeister, auch von meiner Seite besten Dank für Ihre Ausführungen.

Als allererstes möchte ich Sie wissen lassen, dass ich mir von Herzen wünsche, dass die Föderation einen Vertrag mit Underbergen abschließt, der Underbergen wieder eine Perspektive gibt. Ich entnehme Ihren Worten aber auch, dass das letzte, was Underbergen in dieser Situation gebrauchen kann, Experimente und rechtliche Unsicherheit sind. So gesehen ist die Entscheidung, die Verwaltung des Lands einem Unternehmen zu überlassen zumindest als mutig zu bezeichnen, weil eine solche Konstellation meines Wissens weltweit einzigartig ist. Da Sie diese Entscheidung aber getroffen haben, sollte diesem Unternehmen zumindest die maximale rechtliche Sicherheit geboten werden, damit es erfolgreich seine Rolle zugunsten der Bürger Undersbergens spielen kann. Gleichzeitig muss ich als Abgeordneter der Nationalversammlung darauf achten, dass die Interessen der Föderation gewahrt bleiben. Das sind die zwei Gründe, warum ich mir noch nicht sicher bin, dass der Vertrag, den ich mir von Herzen wünsche, der vorliegende ist.

Der Herr Föderationspräsident hat im Verlauf dieser Debatte auch schon angedeutet, dass manche Regelung auch als kurzfristige Hilfe zu verstehen ist. Auch andere Teile des Vertrags wären kurzfristig tolerierbar, aber sind möglicherweise keine langfristig tragfähige Grundlage für die Verbindung zwischen Underbergen und der Föderation. Bevor ich Fragen zu Details stelle, würde ich daher gern erst einmal Ihre Meinung hören, auf welche Dauer dieser Vertrag Ihrer Meinung angelegt ist. Geht es um eine kurzfristige Zwischenlösung, die nach einiger Zeit ersetzt werden soll, oder soll der Vertrag doch eine langfristige Grundlage sein? An sich würde der Vertrag in der vorliegenden Fassung bis zur Kündigung durch Underbergen gelten, aber wäre eine solche Kündigung die Einleitung des nächsten Schritts des Plans, oder eine Abweichung vom Plan?

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 31. März 2018, 18:26

image not found or type unknown



würde den freundlichen Herrn mit Namen ansprechen, wie es der Höflichkeit gebührt, wenn er seinen Namen kennen würden.

Vielen Dank für Ihre ehrlichen Fragen.

Ich entnehme Ihren Ausführungen, dass Sie fragen welche Vision das Underberger Volk hat. Wir haben im Rat und im Volk verschiedene Visionen diskutiert, sind aber zum Schluss gekommen, dass diese im Moment - ich betone: im Moment - nicht zu realisieren sind.

Diese beinhalten auf lange Sicht eine Vereinigung mit Schwion, und damit mit der Föderation.

Mittelfristig und ein aus unserer Sicht recht bald notwendiger Schritt - auch im Hinblick auf den hier zur Debatte stehenden Vertrag eine Währungsunion. Ich habe diesbezüglich auch erste Gespräche mit dem Präsidenten geführt, hier gibt es aber noch nichts spruchreifes

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 31. März 2018, 23:06

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

auch ich meinerseits möchte ich mein Mitgefühl mit meine besten Wünsche für die Zukunft Underbergens ausdrücken. Erst kürzlich habe ich mir von der Situation vor Ort selbst ein Bild vom Ausmaß der Zerstörungen einerseits machen können. Andererseits aber habe ich auch den Mut und Willen der Underberger erkennen können, ihre Stadt wieder aufzubauen.

In der hier zu behandelnden Sache schließe ich mich in vielen Dingen dem Kollegen Henrikson an. Ihre Streben, dass die Turanische Föderation Hilfe angedeihen lässt, ist berechtigt und ich bin als Volksvertreterin auch bereit, diese Ihnen zukommen zu lassen - allein schon aus humanitären Gründen und solchen, die sich in einer verträglichen Nachbarschaft zu ergeben haben. Aus Ihren Ausführungen ergibt sich für mich jedoch keineswegs der Sachzwang, die Logik, geschweige denn die Notwendigkeit einer Organisation Ihres Staatswesens dem turanischen Gesellschaftsrecht zu unterwerfen statt beispielsweise eine Assoziation im Bereich der Außen- und Verteidigungspolitik sowie eine nachhaltige Hilfe im Wiederaufbau zu erreichen. Was dabei die Gegenleistungen Ihrerseits sind, das ist dabei freilich noch nicht angesprochen. Jedenfalls fehlt mir derzeit noch das Verständnis, wie sich ein Staat - und nichts anderes ist Underbergen trotz aller Herausforderungen im Status quo - in privatrechtlicher Verfassung revitalisieren möchte. Ich sehe da zutiefst verfassungsrechtliche Sachverhalte, die auch nicht im Verlauf dieser Debatte zu klären sind. Zentral ist dabei für mich die Frage, wie Sie hoheitliche Akte, und diese sich für die Organisation von Gemeinwesen immer nötig,

formulieren umsetzen wollen. Der vorliegende rudimentäre Entwurf eines privatrechtlichen Staatswesens scheint mir eher der feuchte Traum eines Anarchokapitalisten zu sein denn ein gescheites Zukunftsmodell für Underbergen.

Bitte, Herr vom Sendrak, verstehen Sie mich richtig. Es liegt mir einiges daran, dass Underbergen wieder auf die Beine kommt, gern perspektivisch auch im Schoß unserer Föderation, aber, wie der Kollege Henrikson schon anmerkte, bitte ohne Experimente, mit klaren Vorstellungen von Ihrer Seite, der Ihres Volkes sowie derjenigen - und da kommen wir Parlamentarier ins Spiel - der Turanischen Föderation. Das heißt, dass wir Sie bei dem Wiederaufbau von Staatlichkeit unterstützen, dass Sie im Gegenzug aber auch anerkennen, dass es Staatlichkeit bedarf, um Ihr Gemeinwesen wieder auf stabile Beine stellen.

Beitrag von „Thor Odinson“ vom 31. März 2018, 23:48

Wenn ich mich kurz als eine der Kräfte hinter dieser Idee zu Wort melden darf: Die derzeitige Situation ist gewissermaßen daraus entstanden, dass Underbergen Optionen und Motivation für den Wiederaufbau fehlen.

Um Underbergen eine langfristige und nachhaltige Perspektive zu geben, müssen dort Unternehmen angesiedelt werden und Arbeitsplätze entstehen. Das soll der - noch verbesserungsfähige - Vertrag in direkter Konsequenz für Underbergen und alle dort lebenden Menschen leisten.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 1. April 2018, 08:42



image not found or type unknown

ist beim Wort "Anarchokapitalisten" sichtlich gekränkt, ringt sich aber dazu durch, darauf nicht einzugehen

Werte Frau, Sie missverstehen da etwas. Die Underberger Staatlichkeit stirbt nicht, weil wir nicht in der Lage wären, die bürokratische Verwaltung aufrecht zu erhalten. Ohh, das könnten wir bis zum Sankt Nimmerleinstag, Was wir nicht können, ist, das Überleben der Bevölkerung zu sichern.

Um die Problematik zu verdeutlichen breche ich es mal auf eine Einzelperson runter.

Stellen Sie sich vor, Sie sind krank, auf staatliche Stütze angewiesen, können aber noch ein klein wenig zu Ihrem Unterhalt beitragen. Dann passiert ein Unfall und Sie können das nicht mehr, sind vollständig und bis zum Rest Ihres Lebens auf Stütze angewiesen.

Dann sagt Ihnen jemand "Gib Dein Haus auf, zieh in meine Wohnung, ich gebe Dir eine Basis innerhalb derer Du in Würde wieder etwas Eigenständigkeit gewinnst.". Sie haben also die Wahl, aus Nostalgie an Ihrem Haus kleben zu bleiben, ewig darin gefangen, oder dieses aufzugeben und wieder etwas Eigenständigkeit zurück zu gewinnen.

Das Underberger Gemeinwesen, von dem Sie reden, ist im Sommer letzten Jahres den Gulli runtergespült worden. Viele würden das Land verlassen wenn sie könnten. Sie wollen etwas retten, dass schon seit geraumer Zeit nicht mehr existiert.

Was das Volk zusammenhält ist die Aussicht, geschlossen als Ganzes unter einen neuen Schirm zu gelangen, der nicht die Underberger Farben trägt.

Sie werfen uns vor, keine klaren Vorstellungen zu haben. Werte Dame, wenn wir eines haben, dann dies. Der ausgehandelte Vertrag kommt dem nicht ganz so nahe wie wir es uns wünschen, aber deutlich näher als wir uns es bei Beginn der Verhandlungen erhofft hatten. Was Sie als Experiment bezeichnen, ist in Wahrheit der weiche und rettende Boden auf dem das bereits seit langer Zeit im freien Fall befindliche Underbergen gerne landen möchte.

Beitrag von „Hans von Brunnstatt“ vom 1. April 2018, 11:18

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

In einem modernen Verfassungsstaat kommt alle Macht vom Volk. Wenn das Volk von Underbergen seine Macht abtritt, dann ist dies ein unglaublicher Rückschritt: Es ist quasi wie in vormodernen Zeiten, als ein Schuldner freiwillig in die Schuldknechtschaft seines Gläubigers trat. Ein solcher Vorgang in der heutigen Zeit wäre unerhört.

Im Übrigen auch für die Föderation, die sich quasi mit Underbergen eine Privatkolonie halten würde. Das wäre in der ganzen mikronationalen Welt ein Novum und eines modernen Verfassungsstaates wie Turanien höchst unwürdig. Der Ruf Turaniens in der Welt würde massiv leiden, wenn es diesen Vertrag abschliessen würde.

Es kann keine andere Möglichkeit geben, als dass die Macht beim Volk von Underbergen bleibt - egal, wieviele Hilfsgüter es von woher bekommt. Ich sehe nicht, wo das Problem sein sollte, dass das Volk von Underbergen sich eine moderne Verfassung gibt - auf demokratischer Basis, mit Gewaltenteilung und Etablierung eines Rechtsstaates. Aber es gibt absolut keinen Grund, ein mittelalterliches Konzept hervorzugraben und damit nicht nur sich selbst der Handlungsfreiheit zu berauben, sondern auch noch die Turanische Föderation zum mikronationalen Gespött zu machen.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 1. April 2018, 13:49

[Zitat von Jonschomar vom Sendrak](#)

Wir haben im Rat und im Volk verschiedene Visionen diskutiert, sind aber zum Schluss gekommen, dass diese im Moment - ich betone: im Moment - nicht zu realisieren sind.

Diese beinhalten auf lange Sicht eine Vereinigung mit Schwion, und damit mit der Föderation.

Daraus entnehme ich dann im Umkehrschluss, dass der Vertrag zumindest mittelfristig und nicht nur kurzfristig gelten soll.

Ich verstehe, dass wir angesichts der Situation in Underbergen nicht unnötig Zeit verlieren sollten. Möglicherweise können wir deswegen den Vertrag nicht so weit detailliert ausgestalten wie das eigentlich wünschenswert oder fast notwendig wäre. Daraus folgen für mich zwei Minimalpunkte, die unbedingt in den Vertrag aufgenommen werden müssen: Zum einen muss ein Mechanismus vorgesehen werden, um den Vertrag nachträglich zu ändern und zu ergänzen, so dass wir nach und nach die Dinge angehen können, für deren saubere Regelung wir im Moment nicht die Zeit haben, die aber auf mittlere Sicht Probleme darstellen. Zum anderen ist für mich ein Kündigungsrecht für die Turanische Föderation unverhandelbar. Es sollte ohnehin

eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein fairer Vertrag von beiden Seiten gleichermaßen gekündigt werden kann, aber wenn die Annehmbarkeit des Vertrags in großem Maß auch auf dem Vertrauen beruht, dass später gemeinsam Änderungen angegangen werden, dann ist es doppelt angebracht.

Ohne zu einer Grundsatzdiskussion über das vom Underbergischen Volk gewählte Regierungsmodell führen zu wollen, lassen Sie mich noch eine meiner Hauptsorgen ansprechen: Was wird nach Abschluss die rechtliche Situation auf dem Gebiet Underbergens sein? Klar ist, dass Föderationsrecht in Sachen Staatsbürgerschaft und Arbeitsrecht gilt und dass das Underbergen verwaltende Unternehmen vollständig Föderationsrecht unterliegt. Anderweitig sieht der Vertrag vor, dass Föderationsrecht nicht gilt. Mit einer Staatsbürgerschaft und einem Arbeitsverhältnis hängen unmittelbar andere Rechte und Pflichten zusammen, die damit wohl auch in Underbergen (oder jedenfalls für Underberische Bürger oder Angestellte, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort) gültig wären. Es ist für mich aber nicht direkt ersichtlich, wo die Grenzen dieser "Kettenreaktion" wären und welches Föderationsgesetz am Ende für Underbergen gültig wäre und welches nicht. Das ist es, was ich vorhin meinte, als ich von fehlender Rechtssicherheit sprach.

Aber wenn in einem Bereich Föderationsrecht nicht gilt, welches Recht gilt dann? Selbst wenn das Unternehmen gesetzgeberisch tätig sein kann (was aus dem Vertrag nicht direkt hervorgeht), ist das Unternehmen turanischem Recht unterworfen und kann damit nichts Gesetz werden lassen, was dem Föderationsrecht widerspricht. Umgekehrt kann die Föderation Gesetze erlassen, die es dem Unternehmen vorschreiben, bestimmte Regelungen für Underbergen zu erlassen. Wäre es da nicht viel einfacher und durchschaubarer, wenn Föderationsrecht grundsätzlich Geltung bekäme? Ich bin auch gern für andere Vorschläge offen, aber die momentane Fassung bringt für mich solche Unklarheiten mit sich, dass ich das fast als dritten Punkt ansehen würde, dessen Klärung nicht auf später verschoben werden kann.

Es sei denn natürlich, Herr Bürgermeister, Sie können mir erklären, was ich übersehe, und mich überzeugen, dass die rechtliche Situation nach der Annahme des Vertrags doch allen Seiten klar wäre.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 1. April 2018, 22:15

Bei dem was Sie sagen, Herr Bürgermeister, beantworten Sie mir leider nicht, wie hoheitliche Aufgaben und nicht zuletzt das staatliche Gewaltmonopol umgesetzt werden soll. Ersteres kann ein Unternehmen bestenfalls als beliehenes - hier stellte sich die Frage, von wem beliehen? Von der Föderation oder vom bisherigen Staat Stadt Underbergen? - letzteres kann ein Privater schlichtweg nicht leisten, weil ihm die Legitimation fehlt. Das sind die Fragen, die sie auch in ihrem aktuellsten Redebeitrag leider nicht beantworten. Daran knüpft sich das Problem der Gesetzgebung an, dass der Kollege Henriksson anspricht. Im Übrigen darf ich erkennen lassen, dass ich mich den letzten Ausführungen des Abgeordneten von Brunnstatt vollumfänglich anschließe.

Ich bin zu vielem bereit, auch im persönlichen Einsatz in Ihrer Verwaltung oder in der Gerichtsbarkeit meinen Dienst zu Ihrem Aufbau zu tun, alle Voraussetzung irgendeiner Unterstützung sehe ich ausschließlich auf dem Wege der Wiederherstellung der Staatlichkeit Ihres Landes und im Wiederaufbau eines Underberger Gemeinwesens.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 1. April 2018, 22:59

[SimOff](#)

ich werde antworten eines nach dem antworten, brauch aber etwas zeit. ich bin aus verschiedenen Gründen derzeit nur sehr eingeschränkt online..

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 1. April 2018, 23:13

[Zitat von Hans von Brunnstatt](#)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister

In einem modernen Verfassungsstaat kommt alle Macht vom Volk. Wenn das Volk von Underbergen seine Macht abtritt, dann ist dies ein unglaublicher Rückschritt: Es ist quasi wie in vormodernen Zeiten, als ein Schuldner freiwillig in die Schuldknechtschaft seines Gläubigers trat. Ein solcher Vorgang in der heutigen Zeit wäre unerhört.

Im Übrigen auch für die Föderation, die sich quasi mit Underbergen eine Privatkolonie halten würde. Das wäre in der ganzen mikronationalen Welt ein Novum und eines modernen Verfassungsstaates wie Turanien höchst unwürdig. Der Ruf Turaniens in der Welt würde massiv leiden, wenn es diesen Vertrag abschliessen würde.

Es kann keine andere Möglichkeit geben, als dass die Macht beim Volk von Underbergen bleibt - egal, wieviele Hilfsgüter es von woher bekommt. Ich sehe nicht, wo das Problem sein sollte, dass das Volk von Underbergen sich eine moderne Verfassung gibt - auf demokratischer Basis, mit Gewaltenteilung und Etablierung eines Rechtsstaates. Aber es gibt absolut keinen Grund, ein mittelalterliches Konzept hervorzugraben und damit nicht nur sich selbst der Handlungsfreiheit zu berauben, sondern auch noch die Turanische Föderation zum mikronationalen Gespött zu machen.

Alles anzeigen

Nun, zunächst bitte ich darum ohne Vorbehalte anzuerkennen dass die Underberger Bevölkerung genau weiß was sie tut. In Ihrer Eigenschaft als Souverän hat sie demokratisch über diesen Vertrag befunden. Ob das also unerhört ist oder nicht, mag die turanische Seite bitte nur für sich selbst bewerten.

Im Übrigen gibt es durchaus Vorbilder. Ich denke da nicht zuletzt an San Bernardo, wenngleich die Herangehensweise dort eine andere war, das Ergebnis war das selbe. Und auch Ascaaron und Schwion waren ja einst selbstständige Staaten, die ihre Staatlichkeit zugunsten der Föderation aufgegeben haben. Hat sich Turanien damals zum Gespätt gemacht?

Bitte befinden Sie nicht darüber ob das Underberger Volk willens ist, seine Macht einem anderen Souverän zu übertragen oder nicht, das entscheiden wir selbst. Und darüber hinaus muss ich leider feststellen dass Ihr Redebeitrag nicht zum Kern des Problems vorstößt. Es geht nicht um die Form der Verwaltung. NOCH ist Underbergen ein selbstständiger Staat, mit einer funktionierenden Demokratie übrigens. von daher steht es Ihnen nicht zu sich so über unser Land zu äußern wie Sie es gerade tun. SO viel Stolz haben wir noch.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 1. April 2018, 23:35

Zitat von Finn Henriksson

Zitat von Jonschomar vom Sendrak

Wir haben im Rat und im Volk verschiedene Visionen diskutiert, sind aber zum Schluss gekommen, dass diese im Moment - ich betone: im Moment - nicht zu realisieren sind.

Diese beinhalten auf lange Sicht eine Vereinigung mit Schwion, und damit mit der Föderation.

Daraus entnehme ich dann im Umkehrschluss, dass der Vertrag zumindest mittelfristig und nicht nur kurzfristig gelten soll.

Ich verstehe, dass wir angesichts der Situation in Underbergen nicht unnötig Zeit verlieren sollten. Möglicherweise können wir deswegen den Vertrag nicht so weit detailliert ausgestalten wie das eigentlich wünschenswert oder fast notwendig wäre. Daraus folgen für mich zwei Minimalpunkte, die unbedingt in den Vertrag aufgenommen werden müssen: Zum einen muss ein Mechanismus vorgesehen werden, um den Vertrag nachträglich zu ändern und zu ergänzen, so dass wir nach und nach die Dinge angehen können, für deren saubere Regelung wir im Moment nicht die Zeit haben, die aber auf mittlere Sicht Probleme darstellen. Zum anderen ist für mich ein Kündigungsrecht für die Turanische Föderation unverhandelbar. Es sollte ohnehin eine Selbstverständlichkeit sein, dass ein fairer Vertrag von beiden Seiten gleichermaßen gekündigt werden kann, aber wenn die Annehmbarkeit des Vertrags in großem Maß auch auf dem Vertrauen beruht, dass später gemeinsam Änderungen angegangen werden, dann ist es doppelt angebracht.

Ohne zu einer Grundsatzdiskussion über das vom Underbergischen Volk gewählte Regierungsmodell führen zu wollen, lassen Sie mich noch eine meiner Hauptsorgen ansprechen: Was wird nach Abschluss die rechtliche Situation auf dem Gebiet Underbergens sein? Klar ist, dass Föderationsrecht in Sachen Staatsbürgerschaft und Arbeitsrecht gilt und dass das Underbergen verwaltende Unternehmen vollständig Föderationsrecht unterliegt. Anderweitig sieht der Vertrag vor, dass Föderationsrecht nicht gilt. Mit einer Staatsbürgerschaft und einem Arbeitsverhältnis hängen unmittelbar andere Rechte und Pflichten zusammen, die damit wohl auch in Underbergen (oder

jedenfalls für Underberische Bürger oder Angestellte, unabhängig von ihrem Aufenthaltsort) gültig wären. Es ist für mich aber nicht direkt ersichtlich, wo die Grenzen dieser "Kettenreaktion" wären und welches Föderationsgesetz am Ende für Underbergen gültig wäre und welches nicht. Das ist es, was ich vorhin meinte, als ich von fehlender Rechtssicherheit sprach.

Aber wenn in einem Bereich Föderationsrecht nicht gilt, welches Recht gilt dann? Selbst wenn das Unternehmen gesetzgeberisch tätig sein kann (was aus dem Vertrag nicht direkt hervorgeht), ist das Unternehmen turanischem Recht unterworfen und kann damit nichts Gesetz werden lassen, was dem Föderationsrecht widerspricht. Umgekehrt kann die Föderation Gesetze erlassen, die es dem Unternehmen vorschreiben, bestimmte Regelungen für Underbergen zu erlassen. Wäre es da nicht viel einfacher und durchschaubarer, wenn Föderationsrecht grundsätzlich Geltung bekäme? Ich bin auch gern für andere Vorschläge offen, aber die momentane Fassung bringt für mich solche Unklarheiten mit sich, dass ich das fast als dritten Punkt ansehen würde, dessen Klärung nicht auf später verschoben werden kann.

Es sei denn natürlich, Herr Bürgermeister, Sie können mir erklären, was ich übersehe, und mich überzeugen, dass die rechtliche Situation nach der Annahme des Vertrags doch allen Seiten klar wäre.

Alles anzeigen

Auf die Gefahr hin mich bzu wiederholen: Wir hätten un Underbergen durchsu gerne mehr, wissen aber wohl dass das derzeit unrealistisch ist. Wenn wir nun aber diesen Vertrag abschließen , ist er selbstverständlich nicht auf Kurzfristig kein angelegt. Das würde auch keinen Sinn machen, weil bis auf beiden Seiten alles Notwendige aufgebaut ist, dauert das seine Zeit.

Underbergen hat wie aich seinerzeit das Königreich auch imemr so funktioniert, dass in Verträgen nicht alles bist ins allerletzte Detail geregelt sein muss. Das verschafft den notwendigen Handlungsspielraum, derbei uns immer notwendig seijnh muss um kurzfristig eingreifen zu können, wenn die Dinge sich nicht so entwickeln wie es bei Vertragsabschluss oder Gesetzen angedacht war. Vielleicht ist es das was Sie aus turanischer Sicht aufgrund turanischer Gebräuche kritisieren. Hier mag es zu Nachverhandlungen kommen die die Lücken schließen, welche Sie monieren.

Allerdings gebe ich zu bedenken dass die Punkte, die den Underbergern wirklich wichtig sind, besonders in § 2, 3 und 4 geregelt sind.

Man könnte die zwischengeschaltete, zu gründende Gesellschaft auch weglassen. Als unsere Delegierten mit den Verhandlungen begannen, hatten sie das auch gar nicht im Sinn, das war eine Forderung der turanischen Seite. Sie birgt aber den Vorteil, dass die von ihrem Vorredner behauptete Aufgabe der Souveränität nicht wirklich vorhanden ist, gerade WEIL die Bevölkerung einige Rechte behält, die ein unsouveränes Volk nicht hätte.

Wenn es allein nach mir ginge, würden wir heute und hier über einen Anschluss an Schwion reden, gegebenenfalls mit einer gewissen Sonderstellung. Das steht hier aber leider nicht zur Debatte.

Beitrag von „Julius Mannhardt“ vom 2. April 2018, 09:34

Mir scheint, das hauptsächliche Problem, das die Kolleginnen und Kollegen mit dem Vertrag haben, ist die Regierungsgewalt der sogenannten Underbergen-Gesellschaft. Dies ließe sich doch einfach beheben: Man belässt der Gesellschaft zwar das ausschließliche Wertschöpfungsrecht gemäß Artikel 4 (1), nimmt ihr aber die Regierungsgewalt gemäß Artikel 3 (1). Die Regierungsgewalt könnte dann einem - ich nenne ihn mal spontan so - Dreierausschuss anvertraut werden. Dieser besteht aus einem Vertreter der Föderation - von der Nationalversammlung gewählt -, der Gesellschaft und des underbergischen Volkes, der von selbigem frei und demokratisch gewählt wird.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 2. April 2018, 11:50

Dem Vorschlag des Kollegen Mannhardt würde ich durchaus Sympathie entgegenbringen, aber ich glaube, die konkrete Form des Regierungssystems ist eine Frage, die nicht wir, sondern die Bürger von Underbergen entscheiden müssen. Ich möchte noch einmal betonen, dass es mir weniger darum geht, welches Recht genau in Underbergen gelten wird und wer in welchen Fällen die gesetzgebende Gewalt übernimmt, sondern vor allem darum, dass diese Fragen klar beantwortet sind und ein normaler Mensch am Ende noch verstehen kann, welches Gesetz für ihn eigentlich gilt.

Und an dieser Stelle, Herr Bürgermeister, muss ich sagen, denke ich nicht, dass ich von "allerletzten Details" rede, sondern es geht um das Grundgerüst, das alles zusammenhält und ohne das es keine staatliche (oder in diesem Fall vielleicht staatsähnliche) Ordnung geben kann. Wenn niemand weiß, welches Recht gilt, gilt am Ende gar kein Recht - oder allenfalls das Recht des Stärkeren.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 2. April 2018, 14:04



image not found or type unknown

so kommen wir nicht weiter

Meine Damen, meine Herren, ich sehe dass Ihrerseits noch erhebliche Vorbehalte bestehen, was Underbergens erklärten und demokratisch geäußerten Wunsch betrifft, seine Selbständigkeit als Staatswesen aufzugeben

Dies ist aber, auch wenn ich mit Bedauern feststelle dass einige Mitglieder dieses Hauses das bezweifeln, der erklärte Wille des Volkes.

Wir haben jetzt zwei, je streng genommen drei Möglichkeiten:

Erstens, der Vertrag wird nicht angenommen, die Sache verläuft im Sand. Was dann passiert brauche ich Ihnen nicht im Detail zu schildern.

Zweitens, wir modifizieren diesen Vertrag, sprich wir treten nochmal in die verhandlungsphase ein und wir schauen wie weit wir kommen. Dann würde freilich eine erneute Volksabstimmung fällig, die ressourcenraubend wäre uns Zeit, Kraft und Geld raubt. Aber Besser als erstens ist es allemal.

Drittens, und das wäre aus meiner Sicht, und so ich das aus Gesprächen mit den Bürgern weiß auch aus deren Sicht, unser Favorit: Wenn wir wissen dass der Vertrag, so wie er vorliegt, von Ihnen ohnehin abgelehnt wird, treten wir direkt in Verhandlungen ganz anderer Art: Dann reden wir von einer Währungs- und Verwaltungsunion. Dann wäre auch die aus Ihrer Sicht unklare Rechtsfrage geklärt. Sofern Artikel 4 Absatz 3 bis 5 sichergestellt sind, sehe ich da seitens der Underberger Bevölkerung eine breite Zustimmung.

Es liegt nun an Ihnen.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 2. April 2018, 22:59

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Verhandlungen sollten jedenfalls wieder aufgenommen werden. Die von Ihnen zur Bedingung gestellten Sachverhalte der Abätze 3 bis 5 im Artikel 4 sollten von einem (teil-)souveränen Land selbst einzuhalten sein. Wie bereits gesagt, eine Vereinbarung über die Übernahme der Außen- und Verteidigungspolitik und ggf. noch weiterer auszuhandelnder Politiken, sodass Sie sich erst einmal auf die Innenpolitik konzentrieren können, sehe ich durchaus auch im Interesse der Föderation in unserer direkten Nachbarschaft. Die spätere Aufnahme in die Föderation oder eine Eingliederung nach Schwion - soweit das dann der erklärte Wille der Underberger ist - wäre Diskussionsstoff zu dann entsprechender Zeit.

Beitrag von „Adelgunde von Camburg - Auwald“ vom 3. April 2018, 00:21



image not found or type unknown

sitz da und grübelt über einen Satz

Zitat von Jonschomar vom Sendrak

Wenn es allein nach mir ginge, würden wir heute und hier über einen Anschluss an Schwion reden, gegebenenfalls mit einer gewissen Sonderstellung. Das steht hier aber leider nicht zur Debatte.

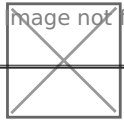
Werte Kolleginnen und Kollegen, auch der Liste der ich angehöre, macht dieser Vertrag Bauchgrimmen. Das Konstrukt ist tatsächlich neu und wir denken auch so, dass es nicht gut für Turanien ist.

Der geschätzte Herr vom Sendrak hat etwas gesagt, was in mir annapfte ...ich zitiere... "*würden wir heute und hier über einen Anschluss an Schwion reden, gegebenenfalls mit einer gewissen Sonderstellung.*"

Ja, warum reden wir nicht - nennen Sie alle mich fantasielos oder konservativ, darüber, dass sich Underbergen in die Föderation eingliedert beziehungsweise den Antrag stellt, in dieselbe aufgenommen zu werden?

Andere Variante - die Föderation und Underbergen schließen einen befristeten

Beistandsvertrag, an deren Ende die Bevölkerung freiwillig entscheidet über Souveränität oder Föderationsmitgliedschaft?



verstummt und lehnt sich gespannt zurück

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 3. April 2018, 08:59



Es ist schon alles gesagt, nur noch nicht vom jedem...

Sehr geehrter Herr

Präsident,
werte Kolleginnen und Kollegen,

ich möchte fragen, ob die Föderationsregierung in weitere Verhandlungen einsteigen wird, ggf. auch begleitend durch ein Mitglied des Hohen Hauses?

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 3. April 2018, 09:14



ist enttäuscht darüber dass die Regierung nichts unternimmt den Vertrag zu verteidigen und alles an ihm hängen bleibt. Das bringt er mit einem Blick in Richtung Ribbenwald auch aus zum Ausdruck

Beitrag von „Julius Mannhardt“ vom 3. April 2018, 09:15

Ich denke, ich spreche für die ganze Fraktion "Soziales Turanien/Demokratischer Fortschritt", wenn ich sage: Das Grundgerüst des Vertrags ist gut, allein die Details sind problematisch. Hier muss nachverhandelt werden – und zwar so, dass am Ende weder die Föderation noch Unterbergen ohne Hosen dastehen. Für einen Beitritt zu Schwion ist die Zeit noch nicht reif. Das mag eine Perspektive für die Zukunft sein, mehr aber auch nicht. Den Vorschlag der Kollegin Droste, ein Mitglied der Nationalversammlung an den Nachverhandlungen teilnehmen zu lassen, unterstütze ich.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 3. April 2018, 10:40

Zitat von Jonschomar vom Sendrak

Das bringt er mit einem Blick in Richtung Ribbenwald auch aus zum Ausdruck



Fühlt sich kritisch beäugt.

Ich danke dem Bürgermeister für seine ausführliche Stellungnahmen und seine Bereitschaft, dem Plenum umfassend Rede und Antwort zu stehen. Die Föderationsregierung erkennt die Skepsis, die das Hohe Haus dem vorliegenden Vertrag entgegenbringt. Ich möchte dennoch betonen, dass wir im Kern zu dem Entwurf stehen. Nachverhandlungen sind nicht ausgeschlossen und im Einzelfall bereits am Laufen, das grobe Gerüst aber sollte nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen schließlich Underbergen nicht ungewollt unser Rechtssystem überstülpen. Das wäre Neokolonialismus, den ich von Herzen ablehne. Vielmehr respektieren wir die Wünsche eines geschundenen Landes, das sein Verfassungssystem selbst bestimmen will – selbst wenn uns dieses System fremd erscheint.

Noch einmal: Kein Vertragstext ist perfekt und über alle Zweifel erhaben. Hier können wir ansetzen. Gerne kann sich ein Vertreter des Hohen Hauses an den Gesprächen beteiligen. Ich begrüße das sogar. Aber die grundsätzlichen Dinge wollen wir doch dem underbergischen Volk überlassen.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 3. April 2018, 12:46

Zitat von Hansgar von Ribbenwald

Nachverhandlungen sind nicht ausgeschlossen und im Einzelfall bereits am Laufen, das grobe Gerüst aber sollte nicht in Frage gestellt werden.

Was Sie hier so nebenbei bemerken, Herr Föderationspräsident, nämlich dass Nachverhandlungen bereits am Laufen sind, ist meines Erachtens eine nicht ganz unwesentliche Information und ich wäre Ihnen nicht böse gewesen, wenn wir diese Information früher erhalten hätten. Wenn ich es richtig sehe, bedeutet das, dass eine neue Abstimmung in Underbergen ohnehin schon geplant ist. Damit entfällt das als Argument gegen mögliche Änderungswünsche der Nationalversammlung.

Zitat von Jonschomar vom Sendrak

Wir haben jetzt zwei, je streng genommen drei Möglichkeiten:
[...] Es liegt nun an Ihnen.

Nachverhandlungen sind grundsätzlich Sache der Föderationsregierung, insofern kann ich Ihnen nur Hinweise mit auf den Weg geben, wann ich einem Vertrag zustimmen würde oder nicht. Zusammenfassend muss ich den Vertrag in der aktuellen Form wegen den zwei genannten fehlenden Punkten ablehnen, dem Kündigungsrecht für die Föderation und dem Änderungsmechanismus. Diese Punkte zu beheben wäre zwar prinzipiell auch eine Nachverhandlung, sollte aber sehr zügig gehen, wenn Sie diesen Weg verfolgen wollen.

Dass weder Sie, Herr Föderationspräsident, noch Sie, Herr Bürgermeister, mir erklären konnten, was genau in Unterbergen geltendes Gesetz wäre, wenn der Vertragsentwurf so in Kraft träte, hat natürlich meine Sorgen nicht gerade aufgelöst - vor allem, weil ich den Eindruck habe, dass Sie die Frage nicht beantwortet haben, weil Sie die Antwort selbst nicht kennen. Wenn dem so ist, ist das aber vor allen Dingen ein Problem für Unterbergen und nicht für die Föderation. Ich bin davon überzeugt, dass es auch Ihnen, Herr Bürgermeister, Sorgen machen sollte und dass Unterbergen an klaren Bestimmungen gelegen sein sollte. Ein Grund für eine Ablehnung meinerseits in der Nationalversammlung ist es nicht, Turanien kann damit leben, wenn die genauen Folgen des Vertrags erst nach und nach von turanischen Gerichten festgestellt werden.

Wenn Sie also statt den minimaleren lieber umfangreichere Änderungen vornehmen wollen - bis hin zu Ihrer Option 3 - insbesondere um für eine klare Rechtslage zu sorgen, würde ich das im Interesse Unterbergens sehr begrüßen und grundsätzlich auch in der Nationalversammlung unterstützen. Im Detail kommt es natürlich dann auf den neuen Vertragstext an, zu dem ich meine Zustimmung logischerweise nicht im Voraus geben kann, ohne dass ich ihn kenne. In diesem Fall wäre die Beteiligung eines Vertreters der Nationalversammlung an den Verhandlungen möglicherweise tatsächlich sinnvoll.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 3. April 2018, 12:58

image not found or type unknown

wendet sich an Finn und kann erneut ihn mangels Kenntnis nicht mit Namen ansprechen da er diesen nicht kennt, was natürlich unhöflich wirkt

Nun, zunächst einmal ist der Begriff "Nachverhandlungen" nicht korrekt. Es laufen Gespräche bezüglich der Währungsunion, die leider seinerzeit nicht in den Vertragsentwurf gelangt sind. Das hatte ich Ihnen allerdings bereits auf Ihre erste Reaktion hin mitgeteilt. Hier ist nichts spruchreif.

Ich finde es allerdings bedauerlich, dass ein turanisches Nationalversammlungsmitglied mir sagt was mir Sorgen bereiten sollte und was nicht. Das mag der Umgangston in diesem Land sein, in Underbergen halten wir uns mit solchen Kommentaren zurück.

Für uns war immer klar, dass mit den Einschränkungen die im Vertrag beschrieben sind Föderationsrecht gelten soll. Wie Sie darauf kommen dass ich die Antwort auf Ihre Frage nicht kennen würde ist mir schleierhaft. Was mir immer noch nicht klar ist, woraus Sie entnehmen dass dies unklar ist.

Was nun das Föderationskündigungsrecht betrifft. Das einzufügen wäre das aller kleinste Problem, das wird an Underbergen nicht scheitern.

Wie dem auch sei, mit endlosen Debatten kommen wir nicht weiter. SIE mögen Zeit haben, uns in Underbergen läuft sie davon.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 3. April 2018, 13:28

image not found or type unknown



Schaut ein wenig bedröppelt drein, da er weder damit gerechnet hat, dass sein Beitrag unwillkommen ist, noch dass diese Reaktion folgen würde - insbesondere da er einer der wenigen zu sein scheint, die überhaupt die Entscheidung der Underberger, von einem Unternehmen verwaltet werden zu wollen, als gegeben akzeptieren.

Ich entnehme es Art. 1, Abs. 2 dass Föderationsrecht nur soweit gilt, wie es explizit im Vertrag steht. Im Vertrag stehen also nicht nur Einschränkungen, sondern alles, was nicht genannt ist, gilt nicht. Genannt sind im Vertrag nie konkrete Gesetze, sondern immer nur inhaltliche Bereiche. Für mich ist das sehr unklar, aber wenn diese Feststellung bei Ihnen den Eindruck erweckt, ich möchte Sie belehren, mag das Problem wohl auch auf meiner Seite liegen.

Wie ich sagte, ist es für mich aus turanischer Sicht ohnehin kein Grund zur Ablehnung, insofern brauchen wir das nicht noch einmal zu vertiefen. Aber ich wollte Ihre Frage, woraus ich das entnehme, nicht unbeantwortet lassen.

Beitrag von „Hans von Brunnstatt“ vom 3. April 2018, 20:11



Findet, dass der Bürgermeister von Underbergen ziemlich dünnhäutig ist.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 3. April 2018, 23:10



Puh...

Herr Präsident, wert Kolleginnen und Kollegen,
verehrter Herr Bürgermeister,

gestatten Sie mir den Vorschlag zu unterbreiten, dass wir zunächst schauen bzw. Sie, Herr von Sendrak, uns mitteilen, welche Politikbereiche die Freie Stadt derzeit und in der nächsten Zeit selbst und zu einem zufriedenstellenden Maße nicht erfüllen kann. Es ist doch zentral, dass Sie und Ihre Verwaltung sich auf den Wiederaufbau konzentrieren kann, also sich selbst um die innere Sicherheit, Soziales und Gesundheit etc. kümmern kann. Die Föderation garantiert dann in einem Vertrag Ihre Souveränität und übernimmt in Absprache mit dem Bürgermeister oder dem Magistrat oder wie Ihre Regierung heißt, die außenpolitische Vertretung und gewährleistet den Grenzschutz und die Verteidigung Ihres Gebiets. Womöglich ist es auch sinnvoll, einen kleinen Grenzverkehr nach Schwion einzurichten, mir erscheint das jedenfalls sinnvoll. Womöglich sieht sich die Föderationsregierung auch schon dazu bereit, etwas zum Kapitalverkehr, zur Arbeitnehmerfreizügigkeit, einer Währungsunion oder wenigstens einer Währungskopplung zu regeln; dazu würde ich mich über deren und die Einschätzung

Underbergens freuen. Die ersten Punkte wären die grundlegenden Dinge für eine garantierte Staatlichkeit, die weiteren genannten Politikbereich würde Sie meiner Einschätzung nach beim vor allem ökonomischen Wiederaufbau zusätzlich unterstützen. Darüber hinaus kann ich mir zum jetzigen Zeitpunkt auch eine Hilfe im Bereich des Gerichtswesens vorstellen.

Ich habe mir erlaubt, in Kürze einen für mich denkbaren Vertragstext aufzusetzen - der weiter geht als das gerade Gesagte, was aber deswegen vielleicht eine gute Verhandlungsgrundlage ist:

Protektoratsvertrag der Freien Stadt Underbergen und der Turanischen Föderation

der Bürgermeister und Präsident von Stadt und Staat Underbergen und
der Präsident der Turanischen Föderation

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Die Turanische Föderation anerkennt die unteilbare Souveränität von Stadt und Staat Underbergen und Unversehrtheit ihrer zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bestehenden Grenzen.

Artikel 2

- (1) In enger Abstimmung mit dem Bürgermeister und Präsidenten von Stadt und Staat Underbergen gewährt der Präsident der Turanischen Föderation die außenpolitische Vertretung von Stadt und Staat Underbergen.
- (2) Der Präsident der Turanischen Föderation gewährleistet gleichsam den Grenzschutz und die Verteidigung gegen auswärtige Feinde von Stadt und Staat Underbergen. Der Bürgermeister und Präsident von Stadt und Staat Underbergen sichert die ungerhinderte Durchsetzung notwendiger Maßnahmen nach dem Recht seines Staates.

Artikel 3

- (1) Staatsangehörige beider hohen Vertragsparteien genießen Freizügigkeit in den Hoheitsgebieten der anderen hohen Vertragspartei. Sie sind diskriminierungsfrei wie eigene Staatsangehörige zu behandeln;

können die hohen Vertragsparteien in eigener Gesetzgebung für die Beschäftigung im öffentlichen Dienst v
(2) Kapital, Waren und Dienstleistungen aus den Hoheitsgebieten der hohen vertragsschließenden Parteien
Hoheitsgebiet der jeweils anderen hohen Vertragspartei nur nach in diesem Vertrag zu Grund
Beschränkungen unterliegen. Der Bürgermeister und Präsident von Stadt und Staat Underbergen
Einvernehmen mit dem Präsidenten der Turanischen Föderation geeignete tarifäre und nichttarifäre Maß
Schutz der einheimischen Wirtschaft von Stadt und Staat Underbergen erlassen; dies gilt insbesond
Landwirtschaft und das produzierende Gewerbe.
(3) Die Währung von Staat und Stadt Underbergen wird mit 1:10 an die Währung der Turanischen
gekoppelt. Die jeweils für Wirtschaft zuständigen Minister gemeinsam mit den Präsidenten der
Zentralbanken vereinbaren regelmäßig einvernehmlich die notwendigen Anpassungen an die Währungspol
(4) Die hohen vertragsschließenden Parteien streben gemeinsame Infrastrukturmaßnahmen an.

Artikel 4

- (1) Dieser Vertrag tritt mit Ablauf des Monats des Austauschs der Ratifizierungsurkunden in Kraft.
- (2) Dieser Vertrag ist jederzeit mit Wirkung zum Ende des übernächsten Kalendervierteljahrs kündbar.

Gegeben zu Underbergen am ...

N.N.

Bürgermeister und Präsident von Stadt und Staat Underbergen

Gegeben zu Turan am ...

N.N.

Präsident der Turanischen Föderation

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 4. April 2018, 00:10



image not found or type unknown

Einer von uns beiden hat gewaltig missverstanden, was die Underberger wollen.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 4. April 2018, 00:16

image not found or type unknown

ich hoffe mal, der Vertragsentwurf ist halbwegs verständlich, selbst für den aufbrausenden unterbergischen Bürgermeister, der mir bislang eher an einer Struktur klebt als an einem tatsächlichen Ansatz zur Lösung seiner Probleme.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 4. April 2018, 12:54

image not found or type unknown

liest den Vertrag. Einmal. Zweimal. und ein drittes mal

Danke für diesen Entwurf

werte Dame

image not found or type unknown

die ich immer noch nicht mit Namen ansprechen kann

Aber ich sehe nicht wie

uns das helfen kann. Der Entwurf wäre vor der Flutkatastrophe eine Diskussionsbasis gewesen, die eine gewisse Aussicht auf Erfolg hätte eventuell haben können. In der Lage in der wir uns jetzt befinden, ist dieser Entwurf aber leider deutlich weniger als jener, welchen wir mit der Regierung ausgehandelt haben.

Sie waren ja dort. Sie haben ja gesehen was wir noch haben. De facto nichts. Dieses Nichts können wir verwalten, das ist nicht das Underberger Problem. Aber aus diesen Nichts können wir nichts mehr machen. Wir können nur noch die allernötigsten Löcher unzureichend stopfen. Und das keinesfalls auf Dauer. Was denken Sie warum wir als Staat kein Existenzinteresse mehr haben. Genau deswegen. Wir waren ein kleines Mini-Städtchen mit kleinen Mini-Problemchen. Jetzt sind wir ein kleines Mini-Städtchen mit großen Riesenproblemen. Das können wir nicht mehr bewältigen und das wollen wir seit der Flutkatastrophe auch nicht mehr.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 5. April 2018, 00:05

Also, Herr Bürgermeister, Sie sagen dem Hohen Haus kontinuierlich, was alles nicht gehe und dass wir Sie gänzlich falsch verstünden. Dann arbeiten wir doch mal beispielhaft ab, was sich in Ihrem Verhandlungsergebnis mit der Föderationsregierung wiederfindet und was im Entwurf Droste (Schema Vertragsentwurf Föderationsregierung => Vertragsentwurf Droste):

Völkerrechtliche Vertretung

Art. 1 I => Art. 2 I

Im Entwurf Droste dazu noch die enge Abstimmung mit dem Bürgermeister.

Geltung von Föderationsrecht in Underbergen nach Maßgabe des Vertrags

Art. 1 II findet sich im Entwurf Droste explizit nicht wieder, jedoch einzelne Aspekte.

Die betreffenden Rechtsmaterien sind:

- a) Gleichstellung von Underbergern in der Föderation Art. 2 I => Art. 3 II, hier sogar noch eindeutiger formuliert und noch die Bidirektionalität festgelegt (für mich ein Muss!)
- b) automatische Einbürgerung von Underbergern als Föderationsbürger Art. 2 II => findet sich explizit nicht wieder, ist angesichts der Regelungen des Art. 3 II Entwurf Droste aber nicht notwendig
- c) Geltung des Körperschaftsrechts der Föderation Art. 3 => findet sich nicht wieder und ist auch für weitere Teile des Hauses indiskutabel, schafft im Gegenzug aber die hinreichende Souveränität

Die Artikel 3 bis 6 betreffen die Underbergen-Gesellschaft, die, wie gesagt, weitgehend indiskutabel sind; zumal sich dieser völkerrechtliche Vertrag als halbgarer Gesellschaftsvertrag liest. Wer außer der Föderation sollen die Gesellschafter sein? Man kann aus Art. 3 III nur implizit entnehmen, dass der übrige Gesellschafter Underbergen sein könnte. Es ist kein Name, keine Regelung zur Bestellung des oder der Geschäftsführer (nur zur Abberufung) und eben nur eine rudimentäre Angabe zu den Anteilseignern gemacht. Es ist nicht geklärt, wer die Gesellschaft anmeldet etc. Also, schon was Ihr Unternehmensmodell angeht, fehlen hier konstitutive Elemente.

Artikel 7 und 8 finden sich, soweit notwendig, in Artikel 4 Entwurf Droste wieder.

Darüber hinaus schafft der Entwurf Droste in Art. 3 II eine Wirtschaftsunion, die seitens Underbergens gemeinsam mit der Föderationsregierung eingeschränkt werden kann, und zwar auf Kipp zu Gunsten der underbergischen Wirtschaft, um Sie da zu schützen. In Art. 3 III erhalten Sie eine Währungsunion, der Kurs ist aus der Luft gegriffen und sollte konkretisiert werden. In Art. 3 IV wird eine Vereinbarung über Ihren Anschluss an die Infrastrukturen der Föderation, also Straßen-, Schienen-, Energie-, Wasser-/Abwassernetz, Internet etc. getroffen. Das sind doch konkrete Maßnahmen, die Ihnen helfen: ökonomischer Zugang zur Föderation und Anschluss in allen relevanten Infrastrukturen, Kopplung an eine stabile Währung.

Also, jetzt bitte mal Butter bei die Fische, was genau fehlt Ihnen in dem von mir vorgelegten Entwurf?

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 5. April 2018, 13:47

Ich bin ehrlich gesagt hochgradig verwundert, Frau... äh... Droste. Sind Sie nun die bevollmächtigte Vertreterin der Föderation in Sachen Underbergen? Wie kommen Sie darauf, einen Vertrag... noch dazu einen "Protektoratsvertrag"... zu entwerfen, der offenbar nur eine Übereinkunft zwischen dem Präsidenten der Föderation und dem Bürgermeister darstellt? Wo bliebe bei solcherlei Privatvergnügen die Rechtssicherheit?

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 5. April 2018, 13:59

Mit Verlaub, Herr Präsident, wie kommen Sie darauf einem Mitglied der Nationalversammlung Vorhaltungen zu machen, womit sie sich im Rahmen ihres Mandats beschäftigt? Eine Abqualifizierung meiner Tätigkeit hier im Hohen Hause als „Privatvergnügen“ verbitte ich mir.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 5. April 2018, 14:08

Ein Missverständnis, Frau Abgeordnete! Mit "Privatvergnügen" meinte ich nicht Ihre Tätigkeit hier im Hohen Hause, sondern den Vertrag: Ihr Entwurf spricht von einer Übereinkunft des Präsidenten und des Bürgermeisters.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 5. April 2018, 14:10



image not found or type unknown
Yeah, ich bin aus der Schusslinie raus

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 5. April 2018, 14:24



image not found or type unknown

Schüttelt ungläubig den Kopf als er hört, welchen einzelnen formalen Punkt sich der Föderationspräsident für seine Kritik herausgepickt hat.



image not found or type unknown

Will der eigentlich inhaltlich überhaupt nicht reden, dass er ständig die Hälfte der Fragen unbeantwortet lässt und auf Nebensächlichkeiten geht?

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 5. April 2018, 14:33

Ich möchte die werten Kolleginnen und Kollegen auf den Inhalt dieser Aussprache hinweisen: Es geht um einen von der Föderationsregierung eingebrachten Vertragsentwurf. Sollte dieser Entwurf nicht mehr aktuell sein, bitte ich die Regierung, namentlich den Präsidenten der Föderation, ihn förmlich zurückzuziehen. Andernfalls werde ich in Kürze darüber abstimmen lassen. Das Plenum der Nationalversammlung ist nicht der geeignete Ort, einen solchen völkerrechtlichen Vertrag neu auszuhandeln.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 5. April 2018, 14:37

Bevor das geschieht bitte ich noch einmal um ein kurzes Wort

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 5. April 2018, 14:41

Bitte, Herr Bürgermeister.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 5. April 2018, 14:45

Zitat von Hansgar von Ribbenwald

Ein Missverständnis, Frau Abgeordnete! Mit "Privatvergnügen" meinte ich nicht Ihre Tätigkeit hier im Hohen Hause, sondern den Vertrag: Ihr Entwurf spricht von einer Übereinkunft des Präsidenten und des Bürgermeisters.

Ja, die Vertreter der jeweiligen Staaten schließen einen Vertrag, für die Föderation der Präsident, für die Freie Stadt der Präsident und Bürgermeister. Sie gehen doch jetzt hoffentlich nicht davon aus, dass das ein privatrechtlicher Vertrag Ribbenwald mit Sendrak sein soll? 😞

SimOff

Zitat von Sigurd Thorwald

Ich möchte die werten Kolleginnen und Kollegen auf den Inhalt dieser Aussprache hinweisen: Es geht um einen von der Föderationsregierung eingebrachten Vertragsentwurf. Sollte dieser Entwurf nicht mehr aktuell sein, bitte ich die Regierung, namentlich den Präsidenten der Föderation, ihn förmlich zurückzuziehen. Andernfalls werde ich in Kürze darüber abstimmen lassen. Das Plenum der Nationalversammlung ist nicht der geeignete Ort, einen solchen völkerrechtlichen Vertrag neu auszuhandeln.

Sehr geehrter Herr Präsident, die Verfassung sieht vor, dass die Nationalversammlung Verträge mit auswärtigen Staaten beschließt, warum sollte sie diese nicht auch verhandeln? Ich bin zugegebenermaßen keine Verfassungsrechtlerin, wenn ich also da eine Regelung übersehen haben sollte, freue ich mich über Erhellung.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 5. April 2018, 15:00

Kollegin Droste, niemand stellt in Abrede, dass die Nationalversammlung – oder Teile von ihr – an der Aushandlung von Verträgen beteiligt sein kann. *Diese Aussprache* aber ist der falsche Ort dafür.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 5. April 2018, 15:00

image not found or type unknown
wartet bis er dran ist

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 5. April 2018, 15:04

image not found or type unknown



Wo sollen denn Anträge sonst geändert werden, wenn nicht in der Nationalversammlung?
Diese Aussprache über diesen unzulänglichen Vertrag ist doch geradezu prädestiniert,
diesen Vertrag zu korrigieren. Aber was weiß ich schon? Und außerdem... schon wieder
jemand, der nur sagt, was nicht geht. Ist da hier im Gebäude irgendwas im Wasser?

image not found or type unknown



Der Präsident lässt die Abgeordnete etwas ratlos zurück...



Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 5. April 2018, 15:15

Herr Bürgermeister, bitte...

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 5. April 2018, 15:22

Hohes Haus,

ich erkenne dass dem ausgehandelten Vertrag keine Zukunft beschieden ist. Bitte, wenn Sie das auch so sehen, lassen Sie uns die Rederei an dieser Stelle beenden und eine andere Idee aufgreifen, die hier schon angeklungen ist: Kommen Sie mit mir nach Underbergen.

Ein Regierungsvertreter, ein Nationalversamlungsvertreter, und ich gemeinsam mit einem weiteren Underberger Repräsentanten sollen gemeinsam vor Ort und ohne unnötig zeit zu verlieren eine Lösung erarbeiten. Falls das Volk dem zustimmt, können wir anschließend erneut hier zusammenkommen.

Beitrag von „Finn Henriksson“ vom 5. April 2018, 15:33



Gut, dass Sigurd eingegriffen hat, es wird wieder vernünftiger.



Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 5. April 2018, 15:38

Nundenn, wie gedenkt die Föderationsregierung in dieser Angelegenheit fortzufahren?

Beitrag von „Heinrich Abeken“ vom 5. April 2018, 18:46



Nicht gerade wie das diplomatische Corps es empfiehlt, aber die eigene Meinung mit Engagement und Idealen vertreten.



Nickt anerkennend lächelnd...zu Droste, dann zu Thorwald.



Und der NV-Präsident hält die Debatte konstruktiv-kritisch am Laufen.

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 6. April 2018, 08:53



Was für eine Farce. Wohlstandsverwöhnte Debattenfetischisten...

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 6. April 2018, 15:16

Zitat von Heinrich Abeken



image not found or type unknown

Nicht gerade wie das diplomatische Corps es empfiehlt, aber die eigene Meinung mit Engagement und Idealen vertreten.



image not found or type unknown

Nickt anerkennend lächelnd...zu Droste, dann zu Thorwald.



image not found or type unknown

Und der NV-Präsident hält die Debatte konstruktiv-kritisch am Laufen.



image not found or type unknown

Ihr Lippen sind noch zusammengepresst, als sie aber den Minister freundlich nicken sieht, versucht sie daraus ein ebenso freundliches Gesicht zu machen und im zuzunicken.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 9. April 2018, 10:32

Ich schließe mich der Frage der Abgeordneten Droste an: Wie gedenkt die Regierung, in dieser Sache weiter zu verfahren?

Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 9. April 2018, 11:08

Das wüsste ich auch gerne.

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 9. April 2018, 11:11

Die Föderationsregierung bittet darum, die Aussprache bis auf Weiteres zu unterbrechen. Wir sollten zunächst das Ergebnis der Nachverhandlungen abwarten, zu denen ein sachverständiger Vertreter der Nationalversammlung herzlich eingeladen ist.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 9. April 2018, 16:14

Danke, Herr Präsident.

Gibt es seitens des Plenums Bewerbungen hinsichtlich eines solchen Vertreters bei den Nachverhandlungen?

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 9. April 2018, 17:58

Wer am lautesten schreit, sollte dann auch Konkreten werden. Ich würde mich dieser Herausforderung stellen, soweit dies vom hohen Hause unterstützt wird.

Beitrag von „Sigurd Thorwald“ vom 9. April 2018, 19:38

Gibt es weitere Kandidaturen?

Beitrag von „Thor Odinson“ vom 14. April 2018, 18:41

Global Tech wird ebenfalls einen eigenen Entwurf vorlegen.

Beitrag von „Jolanda Droste“ vom 15. April 2018, 18:12

Zitat von Thor Odinson

Global Tech wird ebenfalls einen eigenen Entwurf vorlegen.

Wie? Wofür? Was hat ein Privatunternehmen in der Angelegenheit eines völkerrechtlichen Vertrags zu suchen?

Beitrag von „Aribert Stockler“ vom 15. April 2018, 22:34

Herr Präsident werte Kollegen, lieber Herr Bürgermeister, entschuldigen Sie, dass ich mich erst jetzt in die Debatte einschalte, aber in meinen Augen muss es nun sein, bevor der Quatsch hier immer quätscher wird. So sehr mich die aktuelle Lage des underbergischen Volks auch betroffen macht, was uns hier als Lösung offeriert wird ist in meinen Augen gelinde gesagt Grober Unfug. Und hier weiß ich mich mit den anderen Mitgliedern meiner Fraktion einig.

Ein Staatswesen, so klein es auch sein mag soll in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt werden, und das auf der Basis eines Vertrags dessen Entwurf nicht das Papier wert ist, auf dem er geschrieben steht. Zu den Einzelheiten des Vertragsentwurfs will ich mich garnicht erst äußern, der ist einfach nur Humbug.

Underbergen, welches wir in Schwion Hinterbergen nennen, macht wirklich eine schwere Zeit durch. Neben der demografischen kommt eine wirtschaftliche Krise hinzu und dann bricht über dieses kleine feine stolze Völkchen auch noch eine Umweltkatastrophe biblichen Ausmaßes herein. Und das alles nachdem es sich nach dem spektakulären Untergang Somas halbwegs wieder aufgerappelt hatte. Alles wirklich schrecklich und Turanien, und hier speziell Schwion als unmittelbarer Nachbar, war und ist weiterhin bereit, Underbergen massiv zu unterstützen um wieder auf die Beine zu kommen. Aber es kann keine dauerhafte Lösung sein, das Volksvermögen Underbergens zu kapitalisieren und gewinnorientierten unternehmerischen Zwecken zu unterwerfen. Hierdurch geraten nicht nur unschätzbare Kulturgüter sowie Hab und Gut der Bevölkerung, nein ein ganzer Staat und sein Vermögen in die Fänge windiger, wie hatte es Frau Droste so schön formuliert, Anarchokapitalisten. Nein, nein und nochmal nein. Das kann nicht die vermeintliche Lösung der underbergischen Probleme sein, für welche sich die Föderation hergibt.

Ich und meine Fraktion hätten da einen weitaus sinnvolleren Vorschlag zu unterbreiten. Wie bereits angesprochen, aber in allzu weite Ferne verschoben, sollte sich Underbergen zu einem richtigen originären Teil der Föderation entwickeln, und zwar recht schnell. Meinen Erkenntnissen nach ist doch die Gesellschaft Underbergens weitgehend basisdemokratisch organisiert. Dann sollte sie doch mit nur wenigen Problemen in das turanische Staatswesen integrierbar sein. Aber nicht als sechstes Föderationsland, dazu ist es flächen-, wirtschaftskraft- und bevölkerungsmäßig zu schwach. Unser Vorschlag wäre die Integration Underbergens als sechster Landsbezirk in die Republik Schwion. Schwion hat ein funktionierendes Staatswesen,

eine voll strukturierte Verwaltung und steht wirtschaftlich so gut da, dass es die Integration dieses kleinen Fleckchens Erde samt seiner Bewohner, sicher mit einigen Anstrengungen aber durchaus erfolgreich stemmen kann. Wir in Schwion haben da auch schon einige Erfahrungen, wie die erfolgreiche Integration Sinais in die Republik gezeigt hat. Und die Hinterbergener, nein natürlich die Underbergener sind uns auch garnicht so wesensfremd oder kulturell anders als dass eine solche Integration missglücken sollte.

Herr Bürgermeister, verspielen Sie bitte nicht die Zukunft Ihres Volkes. Nehmen sie am besten Kontakt mit dem neuen Landeshauptmann von Schwion auf, der gerade gewählt wird und ich bin mir sicher, dass Sie mit ihm kurzfristig vertragliche Modalitäten zu beiderseits vorteilhaften Bedingungen aushandeln können. Bis dahin kann ich Ihnen schon die Zusage machen, dass die Hilfsleistungen von Schwion an Underbergen unvermindert weiter gehen.

Beitrag von „Adelgunde Schleutberger-Narrenhäuser“ vom 15. April 2018, 22:38



Beitrag von „Andrin Sokolik“ vom 15. April 2018, 22:39



Beitrag von „Aaron Schwonländer“ vom 15. April 2018, 22:39



Beitrag von „Attila Saxburger“ vom 15. April 2018, 22:40



Beitrag von „Matthew Hernandez“ vom 15. April 2018, 23:48



Beitrag von „Jonschomar vom Sendrak“ vom 16. April 2018, 07:06

[Zitat von Aribert Stockler](#)

Ich und meine Fraktion hätten da einen weitaus sinnvolleren Vorschlag zu unterbreiten
[...}

Damit rennen Sie bei uns offene Türen ein. Wann und wo sollen wir uns treffen?

Beitrag von „Hansgar von Ribbenwald“ vom 16. April 2018, 08:59



image not found or type unknown

Na meinetwegen. Dann sparen wir uns die ganze Nachverhandelei...!